

Erich Brost

Seit 1936: Das neue Verhältnis deutscher Sozialdemokraten zu Polen.
Ein Augenzeugenbericht

Sozialdemokratische Außenpolitik ist meist ein schwieriges Wagnis. Sie muß immer Friedens- und Verständigungspolitik sein, aber sie kann auch nicht isoliert geführt werden, also ohne Rücksicht auf die Politik der anderen politischen Parteien und auf die leitenden Stimmungen im Volk.

Nach der Wiedererstehung der Republik Polen am Ende des Ersten Weltkrieges entstanden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands große Schwierigkeiten auf der Suche nach dem Weg zu einer realistischen Polen-Politik. Man kann sagen, daß dieser Weg nie wirklich gefunden wurde¹.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die Schaffung der neuen polnischen Republik selbstverständlich begrüßt, aber mit der deutsch-polnischen Grenzziehung hat sie sich nicht wirklich abgefunden. Wie alle übrigen deutschen Parteien und wie die große Masse des deutschen Volkes empfand man den sogenannten „Polnischen Korridor“, also die Zuerteilung Pommerellens an Polen, zumindestens als eine Last, als eine Beschränkung der Verbindung mit Ostpreußen und als eine strategische Gefahr. Auch die folgende weitgehende Entdeutschung Westpreußens nach dem Kriege, also Pommerellens, wurde als ein Unrecht empfunden. Man berücksichtigte dabei zu wenig die Tatsache, daß die von Deutschland abgetrennten Gebiete unzweifelhaft mehrheitlich polnisch besiedelt waren, und daß außerdem große Teile der deutschen Bevölkerung in West- und Nordpolen durch Option für die Beibehaltung ihrer deutschen Staatsbürgerschaft erst die Begründung für ihre Ausweisung aus Polen darboten, so bedauerlich die Ausweisung gewesen sein mag. Auch wurde nicht berücksichtigt, daß 1912, also bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Ersten Weltkrieg, fast alle später zu Polen geschlagenen Wahlkreise polnische Abgeordnete in den deutschen Reichstag geschickt hatten.

Vor allem aber wurde zu wenig berücksichtigt, daß das polnische Geschichtsbild sich grundlegend von dem des deutschen Volkes unterschied. Die preußischen Provinzen Westpreußen und Posen, die 1920 größtenteils polnisch wurden, hatten jahrhundertlang zur Krone Polen gehört oder waren, wie Posen, die Wiege des

¹ Veranschaulicht wird dies in „Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1927“, hrsg. vom Vorstand der SPD, Berlin, o. J. (1928), S. 15, 17, 63; „Jahrbuch... für das Jahr 1928“, Berlin (1929), S. 24; „Jahrbuch... für das Jahr 1929“, Berlin (1930), S. 17 f., 258; „Jahrbuch... für das Jahr 1930“, Berlin (1931), S. 28, 36 f., 59, 299. Vgl. auch Erich Matthias, „Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945. Eine Übersicht“, Arbeitsgemeinschaft für Osteuropa-Forschung, Tübingen 1954, insbesondere S. 49—52, 64—68 und 101—107. (Fußnote, wie auch alle folgenden zu diesem Beitrag, vom Herausgeber.)

polnischen Staates überhaupt. Hier ist eine Revision des deutschen Geschichtsbildes, das aus dem 19. Jahrhundert stammt, erst nach 1945 erfolgt.

Die deutsche Sozialdemokratie war bis zu der Katastrophe von 1933 mehr oder weniger in den allgemeinen deutschen Auffassungen Polen gegenüber befangen, genau wie die Polnische Sozialistische Partei (PPS) im wesentlichen die Auffassung der polnischen Geschichtsschreibung aus dem 19. Jahrhundert teilte. Nie aber hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands politische Bestrebungen unterstützt, die auf eine Rückeroberung der polnischen, früher zu Preußen gehörenden Gebiete hinausliefen, während in den deutschen Rechtsparteien und selbst in der Führung der Deutschen Reichswehr mit solchen Gedanken gespielt wurde. Ich erinnere mich an eine Rede, die der Präsident des Deutschen Reichstages, Paul Löbe (SPD), 1929 in einer sozialistischen Kundgebung in Warschau hielt², und in der er sogar gegen Revisionen überhaupt politische Stellung bezog und den Wunsch nach freundschaftlicher Nachbarschaft betonte.

Nirgendwo hat das deutsch-polnische Verhältnis eine bedeutendere Rolle gespielt, als in der nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen Freien Stadt Danzig, die vom Reich abgetrennt, Polen nicht zugeschlagen, aber zum Hafen der polnischen Republik bestimmt wurde.

Danzig hatte bis 1795 drei Jahrhunderte hindurch zur Krone Polen gehört und in jener Zeit seine größte wirtschaftliche Blüte erlebt, nachdem die Stadt bis etwa 1300 Hauptstadt des kassubisch und polnisch besiedelten Herzogtums Pommern und seitdem durch Eroberung 150 Jahre lang an den Deutschen Orden gekommen war. Ihre Bevölkerung war zumindest seit dieser Zeit mehrheitlich deutsch, aber die Ergebenheit gegenüber Polen und seiner Krone steht auch in dieser Zeit im ganzen außer Zweifel, Polen betrieb ja keine Polonisierungspolitik.

In der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war das Bewußtsein dieser Tatsache allmählich verloren gegangen. An seine Stelle war der Nationalitätenkampf gerückt, vor allem seit Bismarck.

Die wirtschaftlichen Interessen des neuen Polen und die der Freien Stadt Danzig waren im wesentlichen identisch. Es muß als bekannt vorausgesetzt werden, daß trotzdem das Verhältnis zwischen den beiden Ländern schlecht und oft feindselig zueinander war, obwohl die Verwaltung der Danziger Eisenbahnen

durch Polen fast immer störungsfrei verlief, und obwohl der Hafen von beiden Ländern gemeinsam verwaltet wurde. Wie im deutsch-polnischen Verhältnis nahmen auch in Danzig die gegenseitigen Beschwerden bei den Instanzen des Völkerbundes kein Ende. Jede Partei wollte ihre Rechte erweitern und verminderte damit das auf Zusammenarbeit angewiesene Interesse. Nur am Ende der 20er Jahre sind wirklich ernsthafte Bemühungen in Gang gesetzt worden, um ein besseres Verhältnis zwischen Polen und Danzig zu erreichen. Sie gingen von der Sozialdemokratischen Partei aus³, die damals in Danzig eine Regierungskoalition von SPD, Zentrum und Liberalen führte. Diese Politik ist eng verbunden mit dem Namen des sozialdemokratischen Vizepräsidenten des Senats der Freien Stadt, Julius Gehl⁴, und vor allem mit der unermüdlichen Tätigkeit des damaligen sozialdemokratischen Finanzsenators Bernhard Kamnitzer. Auf der polnischen Seite müssen wir des Ministerpräsidenten Kazimierz Bartel, eines bekannten Anhängers des Marschall Piłsudski und des Generalkommissars der Republik Polen in Danzig Henryk Strasburger besonders gedenken. Als ein früher Förderer der Verständigungspolitik auf seiten der Polnischen Sozialistischen Partei trat besonders der Sejm-Abgeordnete Herman Dyament hervor.

Aber den Bemühungen um die Danzig-polnische Verständigung ist damals kein bleibender Erfolg beschieden gewesen. Die Revisionspropaganda der Deutschnationalen und die Gewaltakte der Nationalsozialisten haben wieder alles zunichte gemacht. Ein ständiges Hemmnis war immer die Bevorzugung seitens Polen des auf polnischem Gebiet gelegenen Hafens Gdingen gegenüber Danzig, für die es natürlich Gründe gab.

Der Überfall Hitlers auf Polen hat dann alle Versuche einer ehrlich gemeinten Verständigung zwischen Deutschland und Polen erstickt. Zwar war nach 1933 zunächst eine Annäherung zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und Polen zustande gekommen, mit Abbruch des deutsch-polnischen Handelskrieges, einer Befriedung des deutsch-polnischen Verhältnisses überhaupt und mit dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes. Es ist bekannt, daß Hitler durch diese Politik die Gefahr polnischer Proteste und möglicherweise militärischen Eingreifens gegen die Machtergreifung der NSDAP begegnen wollte, um durch Verbesserung des Verhältnisses zu Polen freie Hand im Westen gewinnen zu können.

Es ist sogar richtig, daß von seiten des ersten nationalsozialistischen Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, Hermann Rauschnig, die Gelegenheit benutzt wurde, die schwierige wirtschaftliche Lage der Freien Stadt durch eine enge Zusammenarbeit mit Polen zu verbessern, d.h. die Existenz der Freien Stadt innerlich und durch praktische Politik als Hafen Polens anzuerkennen und damit den Interessen Polens ehrlich entgegenzukommen. Da diese Politik der damaligen Interessenlage der Außenpolitik Hitlers entgegenkam, wurde sie für eine gewisse Zeit geduldet, nicht aber die Versuche Rauschnings, der in seiner eigenen Partei

² Darüber berichtete das „Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1929“, Berlin o. J. (1930), S. 258, unter der Überschrift „Für die Demokratie in Polen“: „In Polen wurde die Absicht einer Minderheitsregierung, die als Deckmantel für eine Militärkamarilla dient, immer deutlicher, die Armee anzurufen, um dem Parlament eine Verfassungsreform aufzuzwingen, die nicht weniger bezweckte, als die souveränen Rechte des Parlaments zu beseitigen. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale fühlte sich verpflichtet, die Polnische Sozialistische Partei, die mit mutiger Entschlossenheit gegen die Reaktion kämpft, durch besondere Aktionen zu unterstützen. Einen Höhepunkt in diesem Kampf bildete die Reihe großer internationaler Kundgebungen, die in Warschau am 18. Juni 1929 eröffnet und in Łódź und Krakau fortgesetzt wurden. Es sprachen über das Thema ‚Diktatur oder Demokratie‘ C. T. Cramp, Arthur Crispin, Paul Löbe, Emile und Jeanne Vandervelde. Die Versammlungen wurden von der P. P. S. in vollem Einvernehmen mit den anderen sozialistischen Parteien Polens organisiert.“ Vgl. dazu auch das „Jahrbuch... für das Jahr 1930“, S. 299 („Gegen den Faschismus. Die Schandtaten der Regierung Piłsudski“).

³ Vgl. Marek Andrzejewski, „Poland vis-à-vis Gdańsk Social Democrats 1918—1939“ in: Acta Poloniae Historica, 38, Warschau 1978, S. 131—146, insbesondere S. 136—139.

⁴ Über Julius Gehl berichtete an verschiedenen Stellen Ernst Loops in: „Geschichte der Danziger Arbeiterbewegung“, Danzig, 1929.

keine wirkliche Grundlage hatte, auch mit der Opposition in Danzig, die wie die Sozialdemokraten ähnliche Ziele verfolgte, zu einer begrenzten Zusammenarbeit zu kommen. Nach zwei Jahren wurde Rauschning gestürzt und sogar in die politische Emigration getrieben, zunächst nach Polen, dann nach der Schweiz, Großbritannien und USA.

Die Verbindung, die Rauschning zur Opposition suchte, führte zu einer Zusammenarbeit speziell mit mir, der ich Redakteur der „Danziger Volksstimme“⁵, Mitglied des Landesvorstandes der SPD, Mitglied des Danziger Volkstages und gleichzeitig der wichtigste Verbindungsmann der Opposition zu dem Hohen Kommissar des Völkerbundes, Seán Lester, war.

Rauschning, so wie ich, lebten seit Oktober 1936 als politische Flüchtlinge in Polen, wurden beide gleichzeitig vom nationalsozialistischen Danziger Senat ausgebürgert und hielten miteinander Verbindung⁶.

Seit meiner Zeit in Warschau bis zum Kriegsausbruch 1939 rechne ich das neue Verhältnis deutscher Sozialdemokraten zu Polen. Die polnische Regierung war seit dieser Zeit noch drei Jahre in Funktion und bemüht, möglichst gute Beziehungen zu dem gefährlichen Nachbarn Deutschland aufrecht zu erhalten. Wie wir wissen, letzten Endes vergeblich. Aber ihr Bemühen war ernst und von echtem Friedenswillen geprägt. Die Politik der damaligen polnischen Regierung ist von vielen demokratischen Kräften des Westens, auch von großen Teilen der deutschen politischen Emigration, nicht verstanden worden. Vor allem die Weigerung der polnischen Regierung, angesichts der Bedrohung durch das nationalsozialistische deutsche Regime, eine engere Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu suchen, wurde stark kritisiert. Es ist aber einleuchtend, daß ein außenpolitischer Schutz Polens dadurch nicht erreicht worden wäre. Die Gefahr des Verlustes der Unabhängigkeit wäre vermutlich nur verstärkt worden. Polen hat übrigens in jenen Jahren durchaus keine antisowjetische Politik betrieben, es hat im Gegenteil einen Nichtangriffspakt mit der Sowjet-Union abgeschlossen.

Während meiner Emigrationsjahre in Warschau von Oktober 1936 bis August 1939 war es meine Aufgabe, u. a. die Verbindung zwischen dem deutschen sozialdemokratischen Parteivorstand in Prag bzw. in Paris zu den verbotenen Danziger Sozialdemokraten und darüber hinaus zu den Illegalen in Ostpreußen zu halten, vor allem aber die Verbindung der Danziger Sozialdemokraten zur Polnischen Sozialistischen Partei, den polnischen Gewerkschaften und zur polnischen Regierung. Hilfe erhielt ich durch den Polnischen Gewerkschaftsbund und seinem Vorsitzenden Jan Kwapiński, den Polnischen Eisenbahnverband und seinem Generalsekretär Karol Maxamin und durch die Polnische Sozialistische Partei und

⁵ Die „Danziger Volksstimme. Organ für die werktätige Bevölkerung der freien Stadt“, herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Freien Stadt Danzig, erschien vom 1. Januar 1920 (1. Jg.) bis zum Verbot am 7. Juli 1936 (17. Jg.).

⁶ Carl Jacob Burekhardt, Lesters Nachfolger als Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig, erinnerte sich an Verlust des Parlamentssitzes und Flucht von Erich Brost in „Meine Danziger Mission 1937—1939“, München³ 1980, S. 86 f.

ihrem prominentesten Führer Mieczysław Niedziałkowski, um nur einige Namen zu nennen.

Meine Verbindung zur polnischen Regierung lief über den Leiter der Danziger Abteilung im Polnischen Außenministerium, Józef Marlewski, einen gebürtigen Posener. Ich habe immer dankbar empfunden, daß das Interesse am Informationsaustausch und in der Entwicklung politischer Gedanken im wesentlichen von dem polnischen Außenministerium geschätzt wurde. Die deutsch-polnische Politik, die äußerlich freundschaftlich verlief, hat dabei nicht gestört. Der Kabinettschef des polnischen Außenministers Józef Beck, Graf Łumierski, hat mir in einer sehr vertraulichen Unterredung bestätigt, daß die polnischen Sympathien mehr den Oppositionskräften als dem deutschen oder Danziger Regime galten. An der Politik des Stillhaltens Polens im Danziger Verfassungskonflikt und der brutalen Unterdrückung der deutschen Oppositionsparteien in Danzig hat das erklärlicherweise aber nichts geändert.

Polen erlitt dann durch den deutschen Überfall 1939 und das deutsche Besatzungsregime ein noch schwereres Schicksal als das der Danziger Opposition beschieden gewesen war. — Während des Zweiten Weltkrieges, d. h. während meiner Flucht in verschiedene Länder Europas, habe ich stets engen Kontakt zu den polnischen diplomatischen Vertretungen, beispielsweise in Stockholm und Helsinki, vor allem aber der polnischen Regierung in London gehalten, hier auch wieder zur Polnischen Sozialistischen Partei.

Meine Übersiedlung von Schweden nach Großbritannien im Dezember 1942 wurde erst durch die Hilfe der polnischen Behörden in London ermöglicht. In London gewann ich dann auch Einblick in die Friedensziele der dortigen polnischen Regierung. Die Verbindung zur Polnischen Sozialistischen Partei wurde vor allem durch das einflußreiche Mitglied des Polnischen Nationalrats in London, den früheren Krakauer Sejm-Abgeordneten Adam Ciołkosz hergestellt, die Verbindung zur polnischen Regierung durch den früheren Chefredakteur des „Dziennik Poznański“ und damaligen Vorsitzenden der Kommission zur Vorbereitung der Friedenskonferenz, dem gebürtigen Posener Józef Winiewicz. Ciołkosz blieb nach dem Krieg Flüchtling in London, Winiewicz ging 1945 zurück nach Polen, wurde zunächst polnischer Botschafter in Washington, dann unter dem Außenminister Adam Rapacki und dessen Nachfolgern Stellvertretender polnischer Außenminister. Winiewicz ist der ursprüngliche Verfasser der beiden Rapacki-Pläne zur Verdünnung der östlichen und westlichen Truppen in Mitteleuropa. Er war auch der polnische Unterhändler bei der Herstellung des unter der Bundeskanzlerschaft Willy Brandts abgeschlossenen deutsch-polnischen Ausgleichs.

Die Oder-Neiße-Linie, die am Ende des Krieges 1945 tatsächliche Grenzlinie zwischen Polen und Deutschland, eigentlich der DDR, wurde, war keineswegs die von vornherein geplante „Friedensgrenze“. Sie ist ursprünglich ein Propaganda-Begriff, der von der polnischen äußersten Rechten als zukünftige nach Westen vorgeschobene Begrenzung angeblich ursprünglich polnischen Bodens verstanden wurde, wobei eigentlich nur die „Oder-Grenze“ gemeint war. Die „Neiße“ wurde vor dem Kriege von jenen äußerst rechten polnischen Gruppen noch nicht genannt.

Die Polnische Sozialistische Partei hat eine solche außenpolitische Vorstellung genauso wenig gepflegt wie die in der gleichen Tradition lebenden Anhänger Józef

Piłsudskis. Auch die in London residierende polnische Regierung, der Sozialisten, Bauernpartei, Christlich-Soziale, Demokraten und National-Demokraten angehörten, war nicht der Erfinder der Oder-Neiße-Linie, obwohl die Nationaldemokraten von solchen Vorstellungen nicht weit entfernt waren⁷. Man dachte vielmehr an eine Annektion Ostpreußens, West-Oberschlesiens und eines kleinen Gebietsstreifens von Pommern und an die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete nach Rest-Deutschland. Selbstverständlich war man sich einig in dem Ziel, die Freie Stadt Danzig zu annektieren, aber es war nicht klar, daß die deutsche Bevölkerung dieser Stadt ausgesiedelt werden sollte. Vielmehr gab es Stimmen, die die Danziger Deutschen wegen ihres teilweise mutigen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus innerhalb des Danziger Gebiets Kultur-Autonomie gewähren wollten. Anders wäre auch das Angebot nicht zu verstehen, mir einen Sitz im Polnischen Nationalrat einzuräumen, das mir Adam Ciołkosz machte.

Die Idee der Oder-Neiße-Linie ist von Stalin propagiert worden. Einmal sollten dadurch die Wünsche polnischer Nationalisten erfüllt werden, zum anderen sollte Polen durch die Oder-Neiße-Gebiete für seine an die Sowjet-Union abzutretenden Ostgebiete entschädigt werden. Sicherlich nicht das unwichtigste Ziel Stalins war die Verschiebung der russischen Machtsphäre weit nach Westen.

Gegen die Annektion der Oder-Neiße-Gebiete gab es unter den Londoner Polen erhebliche Bedenken. So sagte mir noch Anfang des Jahres 1945 der damalige polnische Ministerpräsident in London und Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Tomasz Arciszewski, daß er sich ein polnisches Breslau nicht vorstellen könne. Eine gleiche Äußerung tat Arciszewski auch öffentlich. Die russischen Interessen, die von den polnischen Kommunisten einhellig unterstützt wurden, haben aber gesiegt. Heute scheint die sogenannte Friedensgrenze in Polen allgemein anerkannt zu sein, obwohl die polnischen Ostgebiete unvergessen geblieben sind. Für ihre Abtretung an Rußland konnte Stalin aber ein starkes Argument ins Feld führen, den Vorschlag des seinerzeitigen britischen Außenministers, Curzon, aus dem Jahre 1920, die Grenze zwischen Polen und der Sowjet-Union nach diesem Vorschlag (Curzon-Linie) aus ethnischen Gründen zu ziehen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich nach dem zweiten Weltkrieg erklärlicherweise gegen die Oder-Neiße-Linie als Grenze ausgesprochen⁸. Die Frage scheint aber negativ entschieden zu sein, und kein Sozialdemokrat denkt daran, irgendwelche Pläne, die Grenze eventuell sogar mit Gewalt zu verändern, zu unterstützen, da in der sozialdemokratischen Außenpolitik die Erhaltung des Friedens oberstes Gebot ist. Es ist klar, daß der Verzicht des deutschen Volkes auf die deutschen Ostgebiete schmerzlich ist, nicht weniger jedenfalls als der Verzicht der Polen auf Wilna und Lemberg, wenn auch der Wahnsinn des Überfalls Hitlers auf Polen und die Schreckensherrschaft über Polen und Juden alles erklärt.

⁷ Vgl. Ludwig Elsing, „Sozialdemokratie und Polen. Die Polenpolitik der SPD bis zum Warschauer Vertrag“, Inaugural-Dissertation, Philosophische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn 1981, S. 85—88.

⁸ 1949 gab der Vorstand der SPD eine Broschüre von 12 Seiten heraus: „Das Problem der Oder-Neiße-Linie“, Hannover o. J. (1949), in der die damaligen Positionen der Deutschen Sozialdemokratie zusammengefaßt waren.

Józef Winiewicz, der den Ausgleich Polen-Bundesrepublik durch Vertretung der polnischen Interessen schaffen half, wußte, wie noch vor einigen Jahrzehnten die Grenzlage unstabil erschien. Ihm kam es darauf an, feste Grundlagen zu schaffen. Das Verrücken der Grenzen kann nur zu Katastrophen führen, meinte er, d. h., es könne keinen polnischen Staat auf Rädern geben, der einmal nach Osten, einmal nach Westen gefahren werde. Winiewicz als energischer Vertreter seines Vaterlandes war nicht irgendein Nationalist, er ist heute der Volksrepublik ergeben, wie er früher ein Anhänger Marschall Piłsudskis war, also ein besonnener Politiker.